

7. Mai 1958 Bremer SPD gegen Atombewaffnung der Bundeswehr

Die CDU/CSU Regierung unter Kanzler Adenauer und Verteidigungsminister Strauß strebte 1958 eine Ausrüstung der Bundeswehr mit sog. taktischen Atomwaffen an. Am 25. März d. J. beschloss der Bundestag gegen die Stimmen der SPD entsprechend. Im Jahr zuvor hatten 18 führende Atomwissenschaftler im Göttinger Appell eindringlich vor den Gefahren dieser Waffen gewarnt.



DGB Mai-Umzug 1958

Die im Februar 1958 unter maßgeblicher Mitwirkung der SPD gegründete außerparlamentarische Bewegung »Kampf dem Atomtod« (KdA), getragen außerdem vom DGB, der EKD und zahlreichen Künstlerinnen und Künstlern, stieß in Bremen auf ein großes Echo besonders auch in sozialdemokratischen und Gewerkschaftskreisen. Im April/Mai fand eine Reihe von großen öffentlichen Versammlungen statt, auf der führende Repräsentanten der Bremer SPD u. a. Wilhelm Kaisen, Richard

Boljahn und Anna Stiegler gegen die Bonner Pläne das Wort ergriffen. Die Mai-kundgebung des DGB stand ganz im Zeichen der Parole »Kampf dem Atomtod«.

Die Bremer SPD kämpfte außer- und innerparlamentarisch gegen den Bonner Atomwahnsinn. So verabschiedete die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion gegen den Koalitionspartner CDU mit dem Koalitionspartner FDP am 7. Mai 1958 ein Gesetz zur Durchführung einer Volksbefragung. Von mehrfachen Drohungen und Warnungen Adenauers hatten sich die Genossen nicht abschrecken lassen. Die Bremer Bevölkerung sollte am 22. Juni 1958 darüber abstimmen, ob sie mit einer atomaren Bewaffnung und einer Stationierung von Abschussvorrichtungen atomarer Sprengköpfe im Lande Bremen einverstanden sei.

Eine ähnliche Initiative der Hamburger SPD scheiterte am 27. Mai am Bundesverfassungsgericht (BVG). Der Bremer SPD-Vorstand wollte aber »nicht kampflös die Segel streichen« und behielt den Abstimmungstermin bei. Doch am 12. Juni musste sich auch die Bremer SPD geschlagen geben: Laut BVG ist allein der Bund in Fragen der Verteidigung zuständig. Zur Atombewaffnung der Bundeswehr kam es bekanntlich nicht, da nur die USA das Recht zum Einsatz von Atomwaffen von Westdeutschland aus erhalten sollten.